



HESSISCHER LANDTAG

13. 11. 2012

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Land muss Ausbau von Wohnheimplätzen für Studierende vorantreiben

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Wohnungssituation vieler Studierenden dramatisch ist. Gerade in Städten mit Universitäten und Fachhochschulen ist der Wohnungsmarkt sehr angespannt. Neben dem Mangel an Wohnraum ist gleichzeitig ein Anstieg der Mietpreise festzustellen, der vorhandene Wohnungen für viele Studierende unbezahlbar macht. Die Verschärfung der Situation war seit einigen Jahren abzusehen. Die Prognosen, dass die Studierendenzahlen weiter steigen werden, lagen schon lange Zeit vor, auch dass mit der Umstellung von G9 auf G8 doppelte Jahrgänge an die Hochschulen strömen, war absehbar. Die zu jedem Semester schlechter werdende Wohnraumsituation hätte von der Landesregierung erkannt werden müssen. Sie hat es versäumt, Gegenmaßnahmen zu ergreifen.
2. Der Landtag erkennt die angespannte Wohnraumsituation der Studierenden an und fordert die Landesregierung auf, den Verhältnissen nicht weiter passiv zuzusehen, sondern umgehend zu handeln.
3. Für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Studierende sind maßgeblich die Studierendenwerke zuständig. In den letzten Semestern haben sie Anstrengungen unternommen, neue Wohnheime zu bauen. Die zusätzlich geschaffenen Plätze reichen jedoch bei Weitem nicht aus. Die Studierendenwerke können ohne mehr Förderung durch die Landesregierung der Herausforderung nicht adäquat begegnen. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, die Studierendenwerke bei der Schaffung neuer Wohnheimplätze zu unterstützen. Sie soll insbesondere
 - ein Sonderprogramm zur Förderung von Investitionen für Studierendenwohnheime für die Studierendenwerke über 5 Mio. € auflegen,
 - ihren Einfluss auf die WI-Bank nutzen, damit auch die Studierendenwerke günstige Kreditkonditionen erhalten,
 - den Studierendenwerken kostengünstig Erbbaugrundstücke zur Verfügung stellen.
4. Neben dem Bau von Wohnheimen durch Studierendenwerke können aber auch innovative Konzepte wie "Wohnen für Hilfe" und "Integratives Wohnen" dem Mangel begegnen. Dabei wird privater Wohnraum für Studierende vermietet, jedoch zu einem günstigen Preis, da die Studierenden sich beispielweise bereit erklären, Hilfe im Haushalt zu leisten. Diese Projekte sind für beide Seiten ein Gewinn und müssen mehr unterstützt werden. Die Landesregierung sollte Anlaufstellen ausbauen, die Vernetzung zwischen Kommunen, Studierendenwerken, sozialen Trägern, Wohnungsbaugesellschaften und Vereinen stärken und für Ansprechpartnerinnen und -partner sorgen, um eine Beratung sowohl für die Gründung solcher neuer Wohngemeinschaften als auch für Konflikte während des Zusammenlebens zu gewährleisten.

Begründung:

Wie in den vergangenen Jahren wurde auch zu diesem Semesteranfang die dramatische Situation des Wohnraummangels für Studierende deutlich. Mit den zunehmenden Studierendenzahlen an allen hessischen Hochschulen ist der Wohnraum in den Städten immer mehr umkämpft. Dies führt zu höheren Mieten, in Frankfurt zahlen Studierende bereits durchschnittlich 328 € Warmmiete.

Es ist daher dringend notwendig, bezahlbaren Wohnraum für Studierende zu schaffen. Bisher wurde von der Landesregierung keine ausreichende Unterstützung der Studierendenwerke geleistet. Denn mit einer Unterbringungsquote von 7,34 v.H. der Studierenden ist Hessen im Vergleich mit anderen Bundesländern auf dem viertletzten Platz.

Schon in den letzten Jahren war absehbar, dass sich die Lage noch zuspitzen wird. Auch für die kommenden Semester ist keine Entspannung absehbar. Es ist daher dringend geboten zu handeln.

Wiesbaden, 13. November 2012

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir